Schweres Gerät: Beim Tag der offenen Tür in der General-Konrad-Kaserne Ende Mai konnten Kinder auch mit Erfassungssystemen echter Panzerfäuste in Kontakt kommen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Welttag gegen Kinderarbeit

Sie bauen unsere Handys, nähen unsere Kleidung, ziehen in den Krieg und verkaufen ihre Körper: Weltweit müssen 168 Millionen Kinder arbeiten. Dafür bezahlen sie mit ihrer Gesundheit. Und ihrer Kindheit.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Nein zum neuen Arbeitsrecht: Mehr als zwei Millionen Franzosen ziehen gegen Regierung auf die Straße

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

"Wer das Verhalten der Menschen ändern will, muß die Verhältnisse ändern."

Karl Marx

Die Welt in der wir leben hat zwei Gesichter. Janusköpfig tut sie sich in zwei Richtungen auf. Auf der einen Seite steht unermesslicher Reichtum und unvorstellbare Macht konzentriert in den Händen von wenigen, auf der anderen gibt es nur Not, Elend und Angst vor der Zukunft.
Arbeit, die Quellen allen Reichtums, dient der Profitmaximierung der schon Reichen. Ein roter Faden zieht sich durch die Klassen, die Unterdrückten müssen für die Herrschenden den Reichtum schaffen, während die Mächtigen ihre Macht für ihren Selbstzweck mißbraucht.
Die Mittel, die die Möglichkeit für eine neue Gesellschaft bieten sind da. Die Abschaffung von Armut ist kein Problem mehr, sämtliche Bedingungen sind schon dafür in der kapitalistischen Welt vorhanden. Es ist nur noch ein Schritt zu einer Gesellschaft, die sich dem Wohl aller widmet.
Doch den Mächtigen geht es nicht um das Wohlergehen aller. Sie schreien nach Konkurrenz und Wettbewerb, täglich begegnen Millionen Werktätigen die kapitalistische Arbeitshetze, die das letzte aus ihnen rausholt, und das alles in einer Welt, die gemeinschaftlich aufgebaut wurde.
Die Freiheiten, die dem Individuum zugesprochen werden, werden ihm in selbem Schritt wieder genommen. Mit dem Tag, an dem das Individuum zur Wahl geht, nimmt er sich die Freiheit weiter mitzubestimmen.

Die Minderheit setzt sich selbst die Krone aufs Haupt und betrügt somit die Mehrheit. Sie schlängeln sich um alles, was sich zu Geld macht. Mit ihren wirtschaftlichen

Bestrebungen erpressen sie die Regierungen, saugen die Menschen sowohl physisch als auch psychisch aus.
Sie eignen sich unsere Luft an, die wir einatmen, die Erde, auf der wir stehen, das Wasser, das wir trinken und verkaufen sie wieder an uns. Die Interessen des Kapitals sind die Interessen einer verschwindend kleinen Minderheit, trotzdem werden in ihrem Namen Kriege angefangen, Länder aufgeteilt und Sanktionen verordnet.
Die Gesetze drücken Willen und Interessen der herrschenden Klasse aus und werden zu unterdrückenden Regeln für alle.

Die Existenzgrundlagen sind in den Händen der Monopole und sie kann dem Individuum jederzeit entzogen werden. Wirtschaftlicher und technologischer Fortschritt, der Schlüssel zum Gemeinwohl, sind ein Synonym für Verelendung und Existenzangst.
Während es noch heute allen gut geht, ändert sich die Lage schon morgen. Der Zyklus des Kapitals sucht sich immer mehr Opfer aus, immer mehr Gewinner und Verlierer.
Eine Zukunft ist im kapitalistischen System nur dem Zufall erlassen. Zukunft hat nur das was rentabel ist und rentabel ist nur, dass was möglichst hohe Profite bringt.

Die kapitalistische Welt steht auf dem Kopf. Gleichheit wird auf Ungleichheit angewandt, Recht bedeutet Ungerechtigkeit, Demokratie bedeutet die Herrschaft des Geldes, die Gesellschaft ist die Summe der atomisierten Individuen.

Der menschliche Körper gehört dem Staat und dem Profit. Der menschliche Geist ist frei - alles andere aber auch nicht.

„Hinter jedem großen Vermögen steht ein Verbrechen“
Balzac

Zurück in den Feudalismus

Der Kapitalismus „befreite“ die arbeitenden Menschen von der Last feudaler Ausbeutung. Diese Freiheit der Arbeitskraft war ein fortschrittlicher Aspekt. Der Faschismus hob diese Freiheit der Arbeitskraft in der kapitalistischen Entwicklung wieder auf. Wenn heute Politiker ungestraft von Arbeitspflicht - von Zwangsarbeit also reden – zeigt dies den Stand dieser Gesellschaft offenkundig.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Die militärische Logik drängt zur Todesstrafe

Alle verantwortlichen Politiker werden diese Frage entsetzt verneinen - jedenfalls heute noch. Aber werden sie nicht morgen doch die Todesstrafe wiedereinführen?
Durch Artikel 102 des Grundgesetzes ist zwar die Todesstrafe abgeschafft. Das GG kann jederzeit geändert werden (Vgl. Lauschangriff)

Die militärische Logik drängt zur Todesstrafe. Die Kriegsgerichtsbarkeit kann ohne Todesstrafe ihren Zweck, Soldaten zu zwingen, ihr Leben für fremde Interessen an der Front zu riskieren, nicht erfüllen. Wie wird sich ein Soldat, dem sein eigenes Leben wichtiger ist als

die Interessen derer, die ihn in den Krieg schicken, entscheiden, wenn er vor der Wahl des wahrscheinlichen Todes an der Front und einer Freiheitsstrafe in der Etappe gestellt wird?

Die Entscheidung wird nur dann im gewünschten Sinne ausfallen, wenn nur die Wahl zwischen dem wahrscheinlichen Tod an der Front und dem fast sicheren Tod durch die Kriegsgerichte besteht.

Beunruhigen muß jedenfalls, daß das Bundesverfassungsgericht bereits 1964 (BVerfG E 18, S. 12 = NJW 64, S. 1783) die Auslieferung eines Straftäters in einen Staat, in dem ihm die Todesstrafe droht, für zulässig erklärt hat.

Wissenschaftler haben bereits "wertvolle"Arbeit geleistet und die Wiedereinführung der Todesstrafe für zulässig erklärt. Der damalige Verfassungsrechtler Roman Herzog hat sich in dem von ihm gemeinsam mit dem Militärbischof (!) Hermann Kunst herausgegebenen Evangelischen Staatsrechtslexikon (Stichwort: Todesstrafe) für deren Wiedereinführung stark gemach: "Ein Verbot, die Todesstrafe durch Verfassungsänderung wiedereinzuführen, besteht nicht ... Der Versuch, die Unantastbarkeit des Art. 102 des Grundgesetzes damit zu begründen, daß jede Todesstrafe notwendig ein Verstoß gegen die Menschenwürde sei, schlägt fehl ..."

Auf der gleichen Linie argumentierte Prof. Karl Doehring von der Uni Heidelberg unter dem Titel: "Die Schutzwirkung des Strafrechts im Staatsnotstand":

" .. dann bedürfte die Einführung der Todesstrafe für den Kriegsfall und den Fall des Bürgerkriegs einmal der Aufhebung des Art. 102 des Grundgesetzes und zum anderen lediglich der Strafdrohung durch einfaches Gesetz."

Quelle: UlrichVultejus: Kampfanzug unter der Robe: Kriegsgerichtsbarkeit des Dritten Weltkriegs. Buntbuch-Verlag- 1984

Und in der EU:

In der EU-Verfassung, die vom deutschen Bundestag angenommen, aber in Frankreich und anderen Ländern per Volksabstimmung abgelehnt wurde heißt es auf Seite 433, Titel I, Artikel 2 (2):
"Niemand darf zur Todesstrafe verurteilt oder hingerichtet werden."
In den Erläuterungen dieses Artikels auf Seite 434 stehen dann das "Kleingedruckte":
"3. Die Bestimmungen des Artikels 2 der Charta (2) entsprechen den Bestimmungen der genannten Artikel der EMRK und des Zusatzprotokolls. Sie haben nach Artikel 52 Absatz 3 der Charta (3) die gleiche Bedeutung und Tragweite. So müssen die in der EMRK (Europäische Menschenrechtskonvention) enthaltenen “Negativdefinitionen” auch als Teil der Charta betrachtet werden:

a) Artikel 2 Absatz 2 EMRK:
“Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um
a) jemanden gegen rechtswidrige Gewalt zu verteidigen;
b) jemanden rechtmäßig festzunehmen oder jemanden, dem die Freiheit rechtmäßig entzogen ist, an der Flucht zu hindern;
c) einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen."

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Rückblick:
Pro-Stalindemonstration in Tiflis

Pro-Stalin-Demonstration in Tiflis 1956: Moskau antwortete mit Panzern

Am 9. März 1956 wuchs die viele tausend Teilnehmer zählenden Kundgebungen in Tiflis zu ungesteuerten Umzügen und Demonstrationen aus, die auf dem Rustaweli-Prospekt besondres große Dimensionen annahmen. Dort, vor dem Haus der Post, vor dem sich die Demonstranten mit Protestschreiben und –telegrammen versammelten, erhielten sie eine mörderische Antwort – eine Salve aus automatischen Waffen. Entlang der Kura rollten Panzer. Offiziellen Angaben zufolge kamen an jenem Tag 22 Menschen um, Dutzende wurden verletzt.
Aus: Spiegel, Nr. 23/1991

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Übrigens:

Bestimmte Berufsgruppen, wie die ZÖLLNER, galten in der Öffentlichkeit als besondere Sünder, denen man aus dem Weg ging ... Jesus heilte Aussätzige und Geisteskranke, ging in die Häuser von Zöllnern und anderen Sündern. Das waren Gruppen, die in seinem Volk ... ausgegrenzt waren...” (Die Kirche, Nr. 37/87, DDR)

Und
“.. Die POLIZEI ist so alt wie der Staat, weshalb die naiven Franzosen des 18. Jahrhunderts auch nicht von zivilisierten Völkern sprachen, sondern von polizierten ...

Die Alt Athener Polizei bestand aus Sklaven. So entwürdigend kam dieser Schergendienst dem freien Athener vor, daß er sich lieber von bewaffneten Sklaven verhaften ließ, als daß er sich selbst zu solcher Schmachtat hergab...”
(F. Engels)

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

http://www.neues-deutschland.de/artikel/1014959.tausende-gegen-krieg-und-bundeswehr-auf-der-strasse.html

11.06.2016

Tausende gegen Krieg und Bundeswehr auf der Straße

Ramstein: Mehrere Tausend beim Protest gegen US-Drohneneinsätze / Aktionen gegen »Tag der Bundeswehr« unter anderem in Erfurt und Hamburg

Auf der US-Airbase Ramstein
Foto: dpa/nd

Berlin. Tausende Menschen haben am Samstag gegen Kriegseinsätze, Drohnen und Armee-Propaganda protestiert. So wurde der »Tag der Bundeswehr« am Samstag unter anderem in Erfurt und Hamburg von mehreren Protestaktionen begleitet. Gegner einer Präsentation der Streitkräfte auf dem Domplatz in der

thüringischen Landeshauptstadt zeigten unter anderem Transparente und Plakate: »Kein Werben fürs Sterben« und »Lieber Rummel statt Kriegsgetümmel«, hieß es darauf. Die Bundeswehr hatte unter anderem militärisches Großgerät aufgefahren, darunter einen Leopard-Panzer.

Der bundesweite »Tag der Bundeswehr« am Samstag stieß auch bei der Linkspartei auf Kritik. »Diese Waffenschauen und öffentliche Werbung für die Bundeswehr sind fehl am Platz«, erklärte der stellvertretende Linke-Vorsitzende Tobias Pflüger. »Kriegsgerät gehört nicht - wie zum Beispiel in Erfurt geplant - mitten in unsere Städte. Für Auslandseinsätze der Bundeswehr sollte nicht geworben werden, sie müssen beendet werden.« Die Bundeswehr will sich an diesem Samstag bundesweit an 16 Standorten präsentieren und dabei das eigene Können und Material zeigen, den Dialog mit der Bevölkerung suchen und Nachwuchs werben.

Um die US-Airbase Ramstein bildeten Tausende Friedensaktivisten eine Menschenkette, um gegen den Kriegseinsatz von Drohnen zu demonstrieren. Die Organisatoren sprachen von etwa 5.000 Teilnehmern aus ganz Deutschland, die Polizei in Landstuhl zählte bis zum Nachmittag rund 2.000 Demonstranten. Mit der Menschenkette wollten sie ein Zeichen setzen gegen die Rolle des US-Militärflugplatzes. Ramstein spielt eine wichtige Rolle im Drohnenkrieg der Amerikaner. Aus den USA kommende Signale würden über die Relaisstation SATCOM in Ramstein in die Krisengebiete weitergeleitet.

»Dass so viele Menschen gekommen sind, macht uns Mut«, sagte der Sprecher der Kampagne »Stopp Ramstein«, Reiner Braun. Ein Einsatzleiter der Polizei sprach von einem friedlichen Verlauf. Eine Sprecherin des 86. US-Lufttransportgeschwaders, das »Hausherr« auf der Airbase ist, hatte vor der Aktion mitgeteilt, auch den Amerikanern seien das Demonstrations- und Versammlungsrecht wichtig. Vor der Menschenkette hatte es eine Kundgebung am Hauptbahnhof in Kaiserslautern mit rund 1.500 Teilnehmern gegeben. Mehrere Redner, darunter der saarländische Linksfraktionschef Oskar Lafontaine und die Grüne Bundestagsabgeordnete Tabea Rößner, forderten die Bundesregierung auf, die Unterstützung für Militäreinsätze der Amerikaner einzustellen.

»Es ist unerträglich, dass die Bundesregierung dazu schweigt«, sagte Lafontaine. Es sei »schizophren«, einerseits Edelmut in der Flüchtlingskrise zu demonstrieren, andererseits aber Angriffskriege der USA zu unterstützen. Rößner betonte, Drohnenangriffe sorgten dafür, dass sich weitere Menschen etwa im Nahen Osten radikalisierten. *Agenturen/nd*

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Juni 13, 2016

Mit dieser Hysterie bezweckt die Regierung eine gesellschaftliche Ermächtigung, um hernach die Rechte der Geheimdienste im Sinne des sogenannten Antiterror-Gesetzes zu erweitern

by Kommunisten-Online

Die Kommunistische Partei Polens (KPP) gegen die politische Unterdrückung

Quelle: Brzask (04.06.2016).

Die KPP protestiert entschieden gegen die in Polen aufkommende Unterdrückung mit politischem Charakter. Wir weisen auf die immer häufiger im letzten Halbjahr, seit der Machtübernahme durch Partei „Prawo i Sprawiedliwość" [1] (PiS) , aufkommenden Anzeichen der Kriminalisierung sozialer und politischer Aktivitäten. Die derzeitigen Machthaber sind sogar bestrebt, durch ein sog. „Entkommunisierungsgesetz" die kommunistische Ideologie völlig auszuradieren und zu kriminalisieren.

Am 31. März 2016 wurden vier Mitglieder des Vorstandes der Kommunistischen Partei Polens wegen der „Propagierung des Totalitarismus" angezeigt. Am 7. Mai beging die Poznańer Polizei nach einer Mieterdemonstration eine Provokation, bei der 6 Personen für einige Stunden festgehalten wurden. Im Februar wurde der Redakteur der Zeitschrift „Faktów i Mitów" (Fakten und Mythen) verhaftet. Er befindet sich bis heute in Haft. Bei dieser Gelegenheit hat die Polizei grundlos eine Durchsuchung der Redaktionsräume dieser Wochenzeitschrift durchgeführt. Kürzlich hat die Staatliche Sicherheitsagentur (ABW) [2] zur Schau eine offene Durchsuchung im Büro der Kommunistischen Partei veranstaltet und den Führer der Partei verhaftet.

Mit dieser Hysterie bezweckt die Regierung eine gesellschaftliche Ermächtigung, um hernach die Rechte der Geheimdienste im Sinne des sogenannten Antiterror-Gesetzes zu erweitern. Dadurch werden sich die Möglichkeiten für eine Überwachung und Unterdrückung sehr vergrößern, nicht so sehr für die Terroristen, als vielmehr für die den Behörden unbequemen Personen. Derzeit ist Polen bereits ein europäisches Spitzenland, was die Anzahl der verwendeten Abhörgeräte anbelangt und der Geheimdienste, die eine operative Überwachung unter anderem Journalisten gegenüber durchführen.

Durch die Blockierung des Zuganges zu einigen Webseiten haben die polnischen Behörden bereits dabei die Meinungsfreiheit eingeschränkt. Sich begründen das entschuldigend mit der Notwendigkeit, das Internet von Verbrechern und Terroristen freizuhalten. In der Kanzlei des Präsidenten wurde gezeigt, was damit gemeint ist: den Mitarbeitern wurde der Zugang zu linksgerichteten Informationsdiensten gesperrt.

Nach der Ernennung des Justizministers zum Generalstaatsanwalt, ist die gesamte Rechtsordnung völlig der Regierungspartei unterworfen. Die Partei „PiS" setzt den Prozeß der

Einschränkung bürgerlicher Freiheiten mit viel größer Intensität fort als frühere Regierungen – als Vorwand dient dabei die „Sorge um die Sicherheit“ und der „Kampf gegen den Terrorismus“.

Gleichzeitig werden die äußersten, neofaschistische Rechten, die immer selbstbewußter ihre Macht demonstrieren, mit größter Nachsicht behandelt. Die faschistischen Parolen sind voller Aggression und Haß, und die nationalistischen Überfallkommandos rufen unverhohlen zur Abrechnung mit den politischen Gegnern auf, was bei den Staatorganen keinerlei Reaktion hervorruft. Im Gegenteil, das Verteidigungsministerium erlaubt denen sogar im Rahmen der Strukturen der territorialen Verteidigung ihre legale Bewaffnung.

Diesen Erscheinungen müssen wir uns widersetzen. Unerträglich ist eine Situation, in der die Äußerung antikapitalistischer oder der antiklerikaler Ansichten, das Infragestellen der polnischen Außenpolitik, die Hilfe für Verfolgte oder vor Gericht gestellte Angehörige zu einer Verhaftung führen kann. Nur durch mutiges und organisisertes Auftreten können wir uns wehren und der sich verschärfenden politische Unterdrückung Einhalt gebieten.

Die internationale Solidarität mit den unterdrückten Mitgliedern der Kommunistischen Partei Polens verstärkt sich. Am 14. Mai 2016 haben die Genossen der neuen kommunistischen Part des Jugoslawiens (NKPJ) ein Protestmeeting vor der polnischen Botschaft in Belgrad veranstaltet. Die Protestierenden haben dem Vertreter der Botschaft ein Schreiben übergeben, in dem sie gegen die politische Unterdrückung in Polen protestieren. In diesem Schreiben erklärten sie, daß die kommunistische Ideologie ein fortschrittlicher Ausdruck des Kampfes der arbeitenden Klasse ist und einen gewaltigen Beitrag im Kampf gegen den Faschismus leistete.

Quelle: „Brzask“ /facebook/ (Übersetzung: Marek Bezkonieczny) – „Brzask“ („Morgenröte“) ist das Organ der KPP.

[1] „Prawo i Sprawiedliwość” (PiS), dt. „Recht und Gerechtigkeit“ – eine rechtsradikale Partei in Polen.

[2] „Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrznego“ (ABW), dt. „Agentur für innere Sicherheit“ – eine Art geheime Staatspolizei in Polen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

https://www.jungewelt.de/2016/06-14/018.php

»Verquickt und verstrickt«

Mordfall in Dessau: Ist Oberstaatsanwalt Bittmann befangen? Naumburger Behörde prüft Verbindungen zur Polizei

Von Susan Bonath

Gedenken an die ermordete chinesische Studentin Yangjie Li in Dessau am 27. Mai 2016
Foto: Hendrik Schmidt/dpa-Bildfunk

Die Ermittlungen zum Mord an der chinesischen Architekturstudentin Yangjie Li (chinesisch: Li Yangjie) vor gut einem Monat werfen neue Zweifel an Polizei und Justiz in Dessau-Roßlau auf. Sachsen-Anhalts Generalstaatsanwalt Jürgen Konrad bearbeitet derzeit eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Leitenden Oberstaatsanwalt Folker Bittmann, wie er am Freitag im Rechtsausschuss des Magdeburger Landtages erklärte. Die Linke-Abgeordnete Eva von Angern sagte gegenüber dem *MDR*, es müsse geprüft werden, ob Bittmann im Fall Yangjie Li befangen sei.

So bestehe der Verdacht, dass der mit den Ermittlungen betraute Oberstaatsanwalt mit dem Leiter des Polizeireviers Dessau-Roßlau, Jörg S. (CDU), gut befreundet sein könnte, so von Angern. Das wäre brisant, weil S. zugleich der Stiefvater des 20jährigen Tatverdächtigen Sebastian F. ist. Zwei Tage vor dessen Verhaftung am 23. Mai beobachteten Zeugen, wie Jörg S. seinen Stiefsohn und dessen Verlobte Xenia I., ebenfalls Beschuldigte, beim Umzug unterstützte. Das Haus, aus dem der Polizeichef Möbel getragen haben soll, war als Tatort gesichert. Die grausam zugerichtete Leiche der 25jährigen Studentin war am 13. Mai in einem nahen Gebüsch gefunden worden. Inzwischen ausgewertete Spuren untermauerten den Tatverdacht gegen das Paar, hieß es am Freitag. Hat der Polizeichef Spuren aus dessen Wohnung beseitigt?

Auch die Mutter von Sebastian F., Ramona S., steht unter Manipulationsverdacht. Sie ist ebenfalls Polizistin in Dessau-Roßlau. Kurz vor der Verhaftung des Paares war sie freiwillig der Mordkommission beigetreten. Sie soll Zeugen befragt haben. In einem Interview mit der *Mitteldeutschen Zeitung* hatten beide Eingriffe in die Ermittlungen bestritten. Auch Bittmann sah bisher »nicht den Hauch eines Anfangsverdachts«.

Vergangene Woche suspendierte Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) Jörg und Ramona S. »für höchstens drei Monate« vom Dienst, weil sie am Tag nach der offiziellen Trauerfeier ein Gartenlokal eröffnet hatten. Ein solches Verhalten sei »moralisch nicht vertretbar«, so Stahlknecht. Daneben würden Vorwürfe gegen Mutter Ramona S. geprüft, wonach sie schon in frühere Ermittlungen gegen ihren Sohn eingegriffen haben könnte. Insgesamt soll F. in 40 Verfahren verwickelt gewesen sein, darunter Brandstiftung, Körperverletzung und Missbrauch.

Unklar bleibt, wer die Facebook-Profile der beiden Tatverdächtigen manipuliert hat, als sie bereits inhaftiert waren und keinen Internetzugang hatten. Nach und nach waren Inhalte verschwunden, später die Seiten kurzzeitig gesperrt. Einige Daten von Xenia I. tauchten jedoch vor einigen Tagen wieder auf. Der Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft Naumburg, Klaus Tewes, hatte *jW* erklärt, dass Eltern für die private Verschleierung von Straftaten ihrer eigenen Kinder unter Umständen nicht belangt werden könnten. Für unverheiratete Partner des Nachwuchses gelte das nicht. Tewes' Behörde ist für die Pressearbeit zuständig, die Magdeburger Staatsanwaltschaft prüft die Rolle der Eltern. Dessau bleibe aber für die Mordermittlungen zuständig, um sie nicht zu verzögern.

Die Linksfraktion brachte im Ausschuss erneut das Verhalten von Oberstaatsanwalt Bittmann bei einer Pressekonferenz zur Sprache. Dort habe er Täterwissen ausgeplaudert, indem er berichtet hatte, dass die Leiche offenbar aus dem Fenster geworfen worden sei. Zudem hatte er eine mutmaßlich falsche Version der Tatverdächtigen zum besten gegeben, nach der sich das Opfer angeblich freiwillig mit ihnen getroffen habe.

Der Fall wird nicht nur in China verfolgt. Auch die Initiative »In Gedenken an Oury Jalloh« beobachtet ihn. Sie ruft zu einer Demonstration in Dessau am Samstag nachmittag unter dem Motto »Vertuschungen durch Polizei und Justiz aufdecken« auf. Ein Ermittlungsdesaster wie im Fall Jalloh dürfe sich nicht wiederholen. Der Flüchtling verbrannte 2005 angekettet im Dessauer Polizeirevier. Bis heute steht der Verdacht im Raum, dass Polizisten Jalloh angezündet haben könnten. Aufgeklärt hat Bittmann nichts, seine Ermittlungen gleichen einer Pannenserie. »Wir wissen, dass Staatsanwaltschaft und Polizei in Dessau miteinander verquickt und verstrickt sind«, sagte eine Sprecherin am Montag zu *jW*.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

http://www.voltairenet.org/article192229.html

Politische Unterdrückung und Militarisierung in Polen

12. Juni 2016

von Janusz Niedzwiecki – http://www.voltairenet.org

Polen erlebt heute mit einer gewissen Verzögerung eine politische Entwicklung vergleichbar mit der in der Türkei. Diese Staaten, beide Mitglieder des Atlantikpakts, militarisieren sich und setzen auf umfassende politische Repression. Berücksichtigt man die Verwicklung der Türkei in den Krieg gegen Syrien und die Polens

in den Krieg gegen die Ukraine, so lässt sich logisch daraus ableiten, dass diese Auswüchse nicht nationale Phänomene sind, sondern Früchte der Politik der Nato.

> „*Zuerst holten sie die Sozialisten und ich habe geschwiegen – ich war ja kein Sozialist.*
> *Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen – ich war ja kein Gewerkschafter.*
> *Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen – ich war ja kein Jude.*
> *Als sie dann mich holten, gab es keinen mehr, der für mich sprechen konnte.*"
> Pastor Martin Niemöller, Deutscher Anti-Nazi-Theologe.

Obwohl es übertrieben erscheinen mag – die Situation, die in Niemöllers Gedicht beschrieben ist, beginnt in Polen Gestalt anzunehmen. Ein Land, das viele Jahre lang als Symbol für den Kampf gegen totalitäre Systeme und als Vorreiter für demokratische Reformen in Zentral- und Osteuropa galt, verwandelt sich heute schnell in eine tyrannische Satrapie, in der die Bürgerrechte beschnitten und Repressionen eingesetzt werden gegen Menschen mit ideologischen Ansichten, die sich von dem vorherrschenden politischen Narrativ unterscheiden.

Am Morgen des 18. Mai 2016 haben Beamte der Agentur für Innere Sicherheit (ABW) [polnischer Inlandsgeheimdienst] die Wohnungen von Mitgliedern der nationalen Führung der Partei Zmiana (Wandel) durchsucht und verlangt, dass ihnen Festplatten, USB-Sticks, Akten usw. übergeben werden. Die Durchsuchung fand in drei verschiedenen Städten zur selben Zeit statt und in einigen Fällen (wie in unserem Warschauer Büro) mit ernsthaften Verstößen gegen die rechtlich zulässigen Vorgehensweisen. Neben der Sicherstellung von Computern, Telefonen und Festplatten nahmen die ABW-Beamten alle unsere Bücher, Faltblätter, Poster, die bei einer Demonstration benutzte Lautsprecheranlage, Banner, Parteifahnen und selbst polnische Nationalflaggen mit – um in Zukunft alle politischen Aktionen und Proteste zu verhindern und zu erschweren. Einige unserer Parteimitglieder, die an den unrechtmäßigen Maßnahmen der Agentur für Innere Sicherheit nicht teilnehmen wollten, wurden eingeschüchtert.

Derartige Vorgänge sind eine offenkundige Form von politischer Repression gegen jene, die andere Visionen von Polens Außen-, Innen- und sozialwirtschaftlicher Politik haben als die polnischen Neokonservativen und Pro-Nato-Behörden.

Der Vorsitzende von Zmiana, Mateusz Piskorski, angeschlossene Organisationen und unabhängige Gruppen handelten trotz der Schikane durch staatliche Einrichtungen wie die in die Länge gezogene Parteiregistrierung in Übereinstimmung mit den polnischen Gesetzen. Die Handlungsweise des ABW war ein signifikanter Bruch von Recht und Gesetz, der nicht akzeptabel ist in einem demokratischen Staat, der die Achtung der Redefreiheit verkündet.

Mateusz Piskorki ist einer der wichtigsten Anti-Nato-Aktivisten in Polen, Politikwissenschaftler und Mitbegründer der polnischen Denkfabrik „Europäisches Zentrum für Geopolitische Analyse". Von 2005 bis 2007 war er Mitglied des polnischen Parlaments; über viele Jahre hinweg hat er sich zugunsten einer europäisch-kontinentalen Zusammenarbeit und gegen die Nato und die amerikanische Politik gegenüber Europa und dem Nahen Osten ausgesprochen.

Mateusz Piskorski wurde verhaftet und unter dem Vorwurf der „Spionage für einen fremden Staat" für drei Monate in vorläufige Haft genommen, wobei verschiedene Nachrichtenquellen hysterisch „unbestätigte Berichte" verbreiteten, dass er für russische, chinesische „und/oder" irakische Geheimdienste tätig gewesen sei. Genaue Anschuldigungen sind nicht bekannt, der gesamte Fall wird geheim gehalten und damit verhindert, dass Personen, die in Beziehung zu Piskorski stehen, eine Verteidigung vorbereiten können. Stattdessen haben die von der Regierung kontrollierten Medien ein Spektakel von Hass und Rufmord inszeniert, wobei sie irrationale Spekulationen nicht nur über den Verhafteten, sondern auch über sogenannte „Einflussagenten" in Umlauf gebracht haben – ein Begriff, der praktisch auf jeden passt, der andere Standpunkte als die von den polnischen Behörden anberaumten vertritt.

Die breit gefächerte koordinierte Maßnahme gegen die politische Partei Zmiana kommt im Schlepptau der zunehmend angespannten politischen Situation in Polen. Wenige Wochen zuvor wurden Aktivisten der Kommunistischen Partei Polens und der Patriotischen Arbeiterunion Grunwald (beides völlig legale

Organisationen) zu „Freiheitseinschränkung“ einschließlich gemeinnütziger Sozialarbeit, Geldstrafen und Reiseverbot verurteilt für die „Förderung von Totalitarismus“. Piskorski verfolgte diese Ereignisse und warnte nur zwei Tage vor seiner Verhaftung, die polnische Regierung werde versuchen, oppositionelle Organisationen und Einzelpersonen im Vorfeld des Nato-Gipfels in Warschau am 8./9. Juli zu „beruhigen“.

Zitieren wir diesen Text von Mateusz Piskorski, der sich im Nachhinein als prophetisch herausstellte:

«Die Voraussagen für den im Juli bevorstehenden Nato-Gipfel in Warschau beginnen deutlich zu machen, dass das Bündnisziel heute in erster Linie die Verhinderung des Aufstiegs von sozialen Bewegungen ist, die Europas Befreiung von der Bevormundung durch die Vereinigten Staaten fordern. Offensichtlich zeigen die von der Financial Times versehentlich in Umlauf gebrachten Worte eines führenden Kommandanten der polnischen Streitkräfte, was für Beschlüsse diesen Sommer zu erwarten sind. Es sind Beschlüsse, die nicht nur die Souveränität Warschaus auf dem Gebiet der Außenpolitik vollständig untergraben, sondern auch deutlich dafür sprechen, dass von diesem Zeitpunkt an die Nato eine Ordnungsmacht sein soll, die bereit steht, um sich an der Befriedung möglicher sozialer Proteste zu beteiligen oder in innenpolitische Angelegenheiten Polens einzugreifen.

Die wahren Ziele der jüngsten Beschlüsse des Bündnisses wurden ehrlich und auf militärisch offene Art von Brigadegeneral Krzysztof Krol, dem Kommandanten des Multinationalen Korps Nord-Ost aufgedeckt. Zur Diskussion stand das Konzept der sogenannten Nato-Speerspitze, das seit Jahren von den Amerikanern vorgeschlagen und von den polnischen Politikern sowohl der früheren wie der gegenwärtigen Regierung ersehnt wird. Geben wir dem General das Wort: „Die VJTF (Very High Readiness Joint Task Force / Einsatztruppe mit sehr hoher Einsatzbereitschaft) soll sich mit Artikel 4-Situationen [des Nordatlantik-Pakts] befassen und das ist auch unsere Absicht.“ Artikel 4 nennt Kooperation und Beratung zwischen Mitgliedsländern in Situationen, die nicht wie in Artikel 5 als Erfahrung von bewaffneter Aggression gegen eines von ihnen beschrieben werden können, sondern eher als subjektive Empfindung von paramilitärischen Bedrohungen. Mit was für Situationen haben wir es hier zu tun? General Krol lässt keinen Zweifel: „Die Planung wurde aufgestellt, um auf hybride Bedrohungen in unserem Operationsgebiet zu reagieren. Unsere Pläne können an die Situation angepasst werden,“ sagte er der Financial Times.

Das Konzept des hybriden Kriegs oder hybrider Handlungen hatte seine Blütezeit als Bezeichnung für die Aktivitäten Russlands nach der ukrainischen Revolution von 2014. Aber interessanterweise hat es bis zum heutigen Tag keine eindeutige wissenschaftliche Interpretation erfahren und verschiedene Autoren und Experten definieren seinen Geltungsbereich auf unterschiedliche Weise. In der Financial Times lesen wir nun allerdings, dass die Nato-Speerspitze berechtigt ist, Maßnahmen zu ergreifen im Fall der inneren Destabilisierung eines Landes, die zum Beispiel durch öffentliche Proteste ausgelöst worden ist.

Was heißt dies in der Praxis? Eine interne Störung könnte von einheimischen wie von amerikanischen „Speerspitzenspezialisten“ als Teil der Aktivitäten behandelt und dargestellt werden, die vage als Hybridkrieg bezeichnet werden. Das könnte zu dem speziellen Fall führen, dass Proteste gegen die Auswirkungen des TTIP-Abkommens, das der polnische Staat unterstützt, als „hybride Aktivitäten“ behandelt werden. Die Proteste von Polen gegen Verbrechen, die von in Polen stationierten US-Soldaten begangen worden sind, könnten sich ebenfalls als „hybrider Krieg“ herausstellen.

Antoni Macierewicz’s kranke Vorstellungskraft könnte Dutzende von verschiedenen Theorien nahelegen. Schließlich ist der gegenwärtige Verteidigungsminister so abgekoppelt vom gesunden Menschenverstand, dass er glaubt, Radoslaw Sikorski, ein anderer proamerikanischer Falke, würde in Wirklichkeit für Moskau arbeiten. Soziale Unruhen, Proteste, Streiks, Versuche, vom Establishment unabhängige Informationsquellen auszubauen, Forderungen nach Transparenz der Verteidigungs- und Außenpolitik der polnischen Behörden – all dies könnte zum Vorwand werden für den einen oder anderen Einsatz von Nato-Beratern (hauptsächlich aus den USA), die den polnischen Einheiten und Diensten, die ihnen unterstellt sind, „brüderliche Hilfe“ leisten würden.

In dieser Situation bleibt zu hoffen, dass Offiziere und Amtspersonen keine Neigung haben werden, in einer „oralen Beziehung“ (ein farbenfroher Ausdruck von Sikorski) zu ihren amerikanischen Oberherren stecken zu

bleiben, sondern sich die Würde der polnischen Uniform in Erinnerung rufen und all diese Repräsentanten ausländischer Interessen „aus Sorge um ihre Sicherheit“ weit fort zurück über den Atlantik schicken.

Unterdessen bleibt für uns eine Sache zu tun übrig: laut zu protestieren und mit allen unter Einhaltung der Gesetze möglichen Mitteln die Verwirklichung der Nato-Pläne zu blockieren, die im Juli in Warschau bekanntgegeben werden. Es lohnt sich auch, eine soziale Bewegung für Polens Austritt aus diesem Bündnis zu organisieren als Vorbedingung für den Erwerb elementarer staatlicher Souveränität.»

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg in der Universität Warschau (31. Mai 2016).

Was also geht zur Zeit in Polen vor und wie könnte es mit Kriegsvorbereitungen verknüpft sein?

Zuallererst sollte unser wichtigstes Anliegen sein, die Tatsache hervorzuheben, dass mit der durch Nato-Kreise angeregten politischen Repression (seit dem Fall der Berliner Mauer einzigartig) eine enorme Welle der Militarisierung und Russenfeindlichkeit – Vorkriegs-Rhetorik – einhergeht.

Die polnischen Neokonservativen haben nicht nur die Militärausgaben deutlich erhöht und neue Arten von Truppen und paramilitärischen Gruppen geschaffen, sondern auch um die Anwesenheit von US-Soldaten und Militäreinrichtungen in Polen gebettelt. Nachdem Antoni Macierewicz (der vorher als Chef des paramilitärischen Ausschusses erfolglos versucht hatte, die offizielle Version der Katastrophe von Smolensk zurückzuweisen, so dass der Unfall Wladimir Putin angelastet werden könnte) zum Verteidigungsminister ernannt worden war, wurde nicht nur die Entscheidung getroffen, eine US-Militärbasis für ballistische Raketen (ein Bestandteil des sogenannten „Raketenabwehrschirms“) zu errichten, sondern auch sechs US-Militärstützpunkte zu schaffen. Um die öffentliche Meinung zu besänftigen, werden sie in den Medien als „Warenlager für militärische Ausrüstung“ bezeichnet.

Die Definition von „Hybridkrieg“ wurde soweit wie möglich erweitert, so dass jede Handlung jenseits der von der offiziellen Propaganda gezogenen Linie als feindlich – nicht nur im politischen, sondern auch im militärischen Sinne – betrachtet werden kann. Auf diese Weise wird die Verbreitung von Ideen, die im Gegensatz zur offiziellen Propaganda stehen, von den staatlich geleiteten Medien offen als „durch ausländische Geheimdienste eingeflüstert“ bezeichnet.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Tatsache, dass Polen eins der wenigen Länder Europas war, das offiziell die von der US-Regierung vertretene aggressive Version des TTIP unterstützte. Das lässt sich als direkte Einmischung der polnischen Behörden in die Sabotage eines von China betriebenen konkurrierenden Projektes – die Neue Seidenstraße – verstehen.

Als ob all dies nicht schon genug wäre, hat Polens Präsident Andrzej Duda vor ein paar Tagen ein Gesetz unterzeichnet, das die Rechte der in Polen stationierten amerikanischen Soldaten mit den Rechten der polnischen Streitkräfte gleichstellt. So können sie sich frei im Land bewegen, ohne ihre aktuellen Unternehmungen mit der Regierung abstimmen zu müssen. Es sei darauf hingewiesen, dass nicht einmal die ehemals in Polen stationierten sowjetischen Truppen solche Vorrechte hatten, sie mussten stets in ihren Stützpunkten bleiben.

Insgesamt ist die Lage in Polen angespannt und ähnelt in vielerlei Hinsicht den Veränderungen, die im Lauf der Präsidentschaft Erdoğans in der Türkei aufgetreten sind. Diese Kombination von autoritärem Regierungssystem, Militarismus und politischer Unterdrückung muss Besorgnis erregen, denn sie ist die typische Mischung von Maßnahmen, die von Autoritäten ergriffen werden, die einen Krieg vorbereiten. Zieht man die geopolitischen Voraussetzungen Polens bei jedem möglichen Szenario in Betracht, muss solch ein Krieg tragisch enden.

Übersetzung
Sabine

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-braucht-neue-funkgeraete-und-brueckenpanzer-a-1096801.html

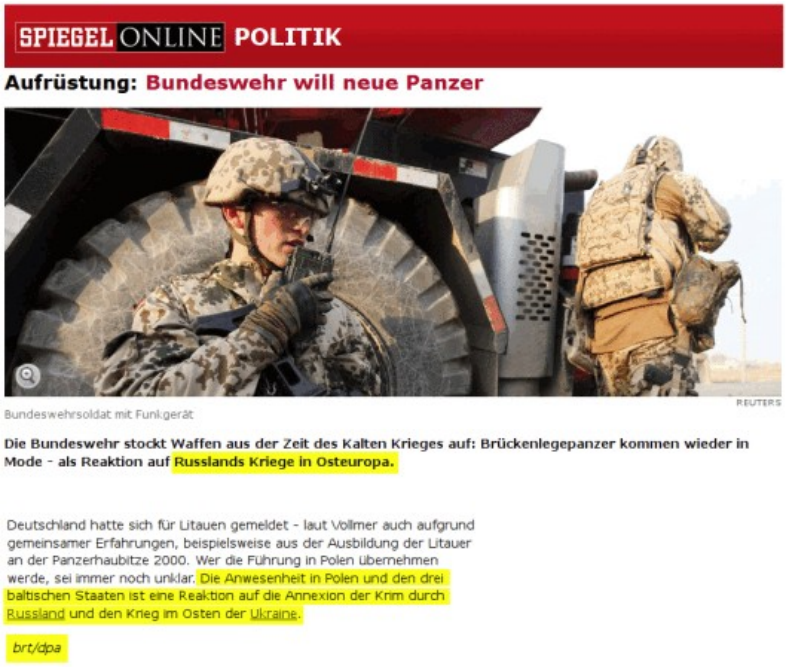
SPIEGEL ONLINE

09. Juni 2016

Aufrüstung

Bundeswehr will neue Panzer

Die Bundeswehr stockt Waffen aus der Zeit des Kalten Krieges auf: Brückenlegepanzer kommen wieder in Mode - als Reaktion auf Russlands Kriege in Osteuropa.



SPIEGEL ONLINE POLITIK

Aufrüstung: Bundeswehr will neue Panzer

Bundeswehrsoldat mit Funkgerät

REUTERS

Die Bundeswehr stockt Waffen aus der Zeit des Kalten Krieges auf: Brückenlegepanzer kommen wieder in Mode - als Reaktion auf Russlands Kriege in Osteuropa.

Deutschland hatte sich für Litauen gemeldet - laut Vollmer auch aufgrund gemeinsamer Erfahrungen, beispielsweise aus der Ausbildung der Litauer an der Panzerhaubitze 2000. Wer die Führung in Polen übernehmen werde, sei immer noch unklar. Die Anwesenheit in Polen und den drei baltischen Staaten ist eine Reaktion auf die Annexion der Krim durch Russland und den Krieg im Osten der Ukraine.

brt/dpa

Die Bundeswehr benötigt wegen der geänderten Bedrohungslage in den nächsten Jahren Brückenlegepanzer, modernere Funkgeräte sowie Gerät zum Verlegen von Minensperren. Dabei handelt es sich teilweise um Material, an das man nach dem Ende des Kalten Krieges in Deutschland kaum noch gedacht hatte. Insgesamt sind Kosten in Milliardenhöhe zu erwarten.

Die Beschaffung der Funkgeräte würde finanziell den größten Posten ausmachen, sagte der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Jörg Vollmer, am Abend in Berlin. Der Austausch der Geräte werde sich über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten erstrecken. Der Bedarf sei bereits akzeptiert. Das Heer benötige zudem 31 Brückenlegepanzer vom Typ "Leguan", die der Rüstungskonzern Krauss-Maffai-Wegmann produziert. Drei Stück würden im kommenden Jahr zur Verfügung stehen.

600 Soldaten sollen nach Litauen verlegt werden

Die Minenverleger existierten zwar noch, müssten aber reaktiviert werden, hieß es. "Es geht darum, all das wieder zu beschaffen, was wir aus nachvollziehbaren Gründen einmal reduziert hatten", sagte Vollmer.

Zu den neuen Aufgaben der Bundeswehr gehört aller Voraussicht nach auch die Entsendung von rund 600 Soldaten nach Litauen. Beim Nato-Gipfel Anfang Juli in Warschau soll die

rotierende Präsenz von jeweils einem Nato-Bataillon in Litauen, Lettland, Estland und Polen beschlossen werden.

Deutschland hatte sich für Litauen gemeldet - laut Vollmer auch aufgrund gemeinsamer Erfahrungen, beispielsweise aus der Ausbildung der Litauer an der Panzerhaubitze 2000. Wer die Führung in Polen übernehmen werde, sei immer noch unklar. Die Anwesenheit in Polen und den drei baltischen Staaten ist eine Reaktion auf die Annexion der Krim durch Russland und den Krieg im Osten der Ukraine.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

http://www.trend.infopartisan.net/trd0616/t270616.html

Albanien

Die Erdölarbeiter in Balleshi kämpfen gegen Ausbeutung und Polizeiterror

Seit 9 Monaten erhalten die Arbeiter und Arbeiterinnen in Balleshi in Albanien keine Löhne mehr. Die Ölfirma wurde im Jahr 2008 zu 85% von dem Konsortium ARMO erworben. Die Aktien teilen sich das US-Schweizer Konsortium Raffinerie Associates of Texas und Anika Enterprises SA Um Ballsh liegen fünf Öllagerstätten. Das größte Ölfeld Albaniens, Marinza bei Patos wenige Kilometer nördlich der Stadt, wurde 1957 entdeckt. Noch näher liegt das erst 1966 entdeckte Ölfeld Ballsh.

Die Raffinerie in Ballsh hat eine theoretische Verarbeitungskapazität von 1 Mio. Tonnen Rohöl pro Jahr, die einzige weitere Raffinerie in Fier von 0,5 Mio. Tonnen. Diese Mengen wurden nur um 1980 erreicht: im Jahr 2000 waren es in Ballsh 300.000 Tonnen, damit weniger als ein Drittel der Kapazität gefördert. 2005 betrug die Gesamtproduktion im Land nur 382.000 Tonnen. 2006 beschloss die mittlerweile privatisierte Betreibergesellschaft ARMO, 2,6 Mio € in ein neues Anlagenteil zu investieren.

Eine weitere, für Bohrtechnik zuständige Gesellschaft, die 1999 aus der staatlichen Albanian Petroleum Corporation (APC) abgespalten wurde, ist die ebenfalls privatisierte Servcom. Dazu kommt die bisher noch staatseigene Albpetrol, die die Rohölförderung unternimmt. Das Rohöl wäre an sich für die Gesellschaft in Albanien am billigsten und am leichtesten zu produzieren. Die privat-kapitalistische Firma ARMO orientiert sich am Weltmarkt. Dort gibt es mittlerweile rapid sinkende Ölpreise. Letzteres veranlasste die Firma die Produktion weitgehend einzustellen. Es zählt nur der Profit und nicht die gesellschaftlichen Bedürfnisse.

Gestern besetzten nun die Arbeiter die Fabrik. Sie setzten das Management ab und wollen die Produktion in Eigenregie vorsetzten. Dies rief sofort die Polizei des bürgerlichen albanischen Staates in Aktion. Es gab und gibt militante Auseinandersetzungen mit den staatlichen Rezensionsorganen. Die Arbeiter verbarrikadierten die Fabrik und leisten Widerstand. Die Bevölkerung in dem kleinen Ort Ballesh solidarisiert sich mit den Arbeitern. Auf den Straßen brennen Autoreifen. Die Gewerkschaftsfunktionäre der Erdölarbeitergewerkschaft Albaniens Kamber Iljazi, Gjergji Selmani, Petref Skënderaj und Namik Malaj wurden verhaftet.

Dazu erklärt die linke Organisation „ Organizata Politike „ in Tirana:

"Die Herrschenden reagieren mit Gewalt und Polizeistaatsmethoden um ihre Privilegien zu wahren und private Profite zu garantieren. Wir solidarisieren uns mit den Arbeitern welche ihre Körper einsetzen und für ihre Rechte kämpfen. Wir stehen bedingungslos an der Seite der Arbeiter . Nieder mit dem repressiven Staat. Nieder mit der Privatisierung des nationalen Reichtums."

Diesen Worten kann man sich nur anschließen. Es sollten sofort internationale Solidaritätsaktionen stattfinden. Kämpferische Gewerkschaftsdelegationen sollten sofort die

Arbeiter in Ballash besuchen und ihre Solidarität bekunden. In Europa von Frankreich über Belgien bis nach Albanien finden reale Klassenkämpfe statt.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

http://www.kosova-aktuell.de/index.php?option=com_content&view=article&id=3222:albanien-neben-den-oelarbeitern-streiken-jetzt-die-eisenbahnarbeiter&catid=13&Itemid=111

Albanien - Neben den Ölarbeitern streiken jetzt die Eisenbahnarbeiter

08. Juni 2016

Die Eisenbahner in Albanien haben sich erhoben und streiken seit gestern für ihre Rechte und die Interessen der ganzen Gesellschaft. Nach Jahren der ununterbrochenen Zerstörung des öffentlichen Eisenbahnverkehrs im gesamten Land haben die , Eisenbahnarbeiter beschlossen, ihre Stimme zu erheben. Die Gewerkschaft der Eisenbahnarbeiter mit Sitz in Durress haben den Generalstreik im öffentlichen Eisenbahnverkehr verkündet. Der Bahnbetrieb wurde eingestellt. Die Gewerkschaft fordert u.a.: „

Verstärkte Investitionen in den Eisenbahnverkehr -Verlagerung des Transportes vieler Güter auf die Schiene Den Ausbau und die Eröffnung der Eisenbahnstation in Tirana.“ Ausdrücklich solidarisiert sich die Gewerkschaft mit den streikenden Ölarbeitern in Ballsh. Letztere haben seit 10 Monaten keinen Lohn erhalten und planen in der privatisierten Ölindustrie, die Produktion selbst wieder aufzunehmen. Bis dato sind alle Forderungen der Arbeiter bei der Regierung auf taube Ohren gestoßen. Die Eisenbahner schlagen in ihrer Streikerklärung vor,

den Kampf der beiden Sektoren zu kombinieren. Das von den Arbeitern geförderte Öl kann und muss mit der Eisenbahn transportiert werden. Offensichtlich lebt und kämpft die Arbeiterklasse in Albanien. Die Forderungen gehen in Richtung gesellschaftliche Produktion gegen Regierungen des Asphalts und der Privatisierung. Die linke Organisation „ Organisata Politike“ ruft die Bevölkerung zur massiven Solidarität mit den streikenden Arbeitern auf. Die Organisation schreibt:: „ Die streikenden Arbeiter sind unsere Hoffnung. Wir solidarisieren uns bedingungslos mit den streikenden Öl und Eisenbahnarbeitern.“ Gegenwärtig finden auch in anderen Betrieben Zusammenkünfte der Arbeiter statt. Die Entwicklung könnte in Richtung politischer Generalstreik gegen Privatisierungen und kapitalistischen Neoliberalismus gehen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

https://www.rf-news.de/2016/kw23/11.06.16-freiheitsfalken-kurdistans-bekennen-sich

11.06.16 - "Freiheitsfalken Kurdistans" bekennen sich

Wie schon im Februar in Ankara haben "Freiheitsfalken Kurdistans" (Teyrêbazên Azadiya Kurdistan - TAK) sich dazu bekannt, den Anschlag am 7. Juni 2016 verübt zu haben, bei dem im Istanbuler Stadtteil Beyazit unter anderem sieben Polizisten und vier weitere Menschen getötet wurden. Bevor auch noch ein einziger Hinweis auf die Täter ermittelt war, hetzte Ministerpräsident Erdogan gegen die PKK und bezichtigte sie der Tat. Medien in Deutschland übernahmen diese "Nachricht". Tatsächlich hat die PKK in der Vergangenheit mehrfach erklärt, dass sie mit den TAK nichts zu tun hat.

wikipedia

Teyrêbazên Azadîya Kurdistan

Die **Teyrêbazên Azadîya Kurdistan** (**TAK**, deutsch *Freiheitsfalken Kurdistans*) sind eine kurdische Terrororganisation in der Türkei.

Die TAK haben in den vergangenen zwei Jahren mehrfach Terroranschläge in türkischen Touristengebieten wie Antalya, Marmaris, Izmir und Istanbul verübt und weitere Gewalt angedroht. Die türkische Regierung sieht die TAK als einen terroristischen Arm der PKK. Die TAK bestreitet zwar Verbindungen zur PKK, porträtiert den inhaftierten PKK-Chef Abdullah Öcalan auf der TAK-Website trotzdem als ihren Anführer und fordert dessen Freilassung. Laut eigener Darstellung ging die TAK, deren Mitglieder eine Zeit lang innerhalb der PKK gekämpft hatten, aus den Guerillaeinheiten der Kongra Gel hervor, da die Kongra Gel und die HPG (militärischer Arm der PKK) zu schwach seien.[1]

Struktur

Die TAK weisen darauf hin, dass sie sich aus ehemaligen Mitgliedern der PKK rekrutieren. Die Vorgehensweise der HPG halten die TAK für nicht weitgehend genug.[2] Doch darüber hinaus ist nicht viel über sie bekannt. Man wisse nicht einmal, ob es Stellen gebe, die über die „Freiheitsfalken“ etwas wüssten, sagte Heinz Kramer, Türkei-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

Einem Mitarbeiter der 2005 vom damaligen Bundesinnenminister Otto Schily verbotenen *Mezopotamischen Nachrichtenagentur* (MHA) zufolge bleiben die TAK-Leute stets anonym und kurz angebunden. Wie die *Süddeutschen Zeitung* berichtete, rekrutierten sich die Freiheitsfalken aus einer neuen Generation *frustrierter junger Kurden*, die in den Slums von Istanbul, Izmir und Ankara aufgewachsen sind, nachdem deren Eltern in den 1990er-Jahren vor den Kämpfen der PKK und der Armee aus dem Südosten der Türkei geflohen waren. Andere kurdische Beobachter werteten die Freiheitsfalken als *sozial entwurzelte Jugend*, als eine aus der Hoffnungslosigkeit geborene *neue Stadtguerilla*. Einblicke in Struktur und Vorgehensweise der „Freiheitsfalken“ sind schwer zu gewinnen, nicht einmal dem türkischen Geheimdienst gelang es, die Organisation aufzuklären. Offenkundig agiert die Gruppe in kleinen Zellen in den Ballungszentren – wohingegen die PKK eine klassische Kaderorganisation mit bekanntem Personal und bekannter Struktur vor allem im Osten des Landes ist.[3].

In 2016 forderten die kurdischen Extremisten in ihrem Bekennerschreiben erneut Ausländer auf, touristischen Gebieten in der Türkei fernzubleiben. Solange sich PKK-Führer Abdullah Öcalan in Gefangenschaft befinde, würden überall in der Türkei ihre Bomben hochgehen, hieß es darin. Die Einnahmen aus dem Tourismus würden den Krieg mitfinanzieren, daher greift die TAK nach eigenen Angaben die touristischen Ziele an.[4].

Ziele

Auf der Webseite der TAK werden die Ziele in türkischer Sprache verdeutlicht. Sie behaupten dort, dass die Türkei von faschistischen Banden und Gruppen regiert werde. Die türkische Regierung sei eine Marionette des Militärs. Die TAK geben der Regierung die Schuld für den

schlechten Lebensstandard und die enormen wirtschaftlichen Probleme im Südosten der Türkei. Weiterhin verweisen sie auf Menschenrechtsverletzungen in der Türkei.

Da nach ihrer Ansicht die Unterdrückungspolitik der türkischen Regierung besonders durch Tourismuseinnahmen finanziert werde, haben sie sich das Ziel gesetzt, dem devisenträchtigen Tourismus in der Türkei zu schaden.

Aufgrund wiederholter Anschläge, aber auch wegen des Karikaturenstreits und der Vogelgrippe verzeichnen die Reiseanbieter im Jahr 2006 einen Buchungsrückgang von rund 20 Prozent. Die größte Gruppe von Touristen in der Türkei – etwa 550.000 – waren wiederum Urlauber aus Deutschland.

Anschläge

In Erscheinung traten die „Freiheitsfalken“ erstmals im Frühjahr 2005. Am 1. Mai, als sie noch niemand kannte, warnten sie ausländische Urlauber vor Reisen in die Türkei. Die TAK hat laut kurdischen Medien rund 30 Anschläge in Feriengebieten verübt. Dabei kamen zwölf Menschen ums Leben. Die TAK setzen meist kleinere Sprengsätze ein, die sie in Mülltonnen verstecken, an Mopeds anbringen oder unter einen Minibus legen können.[5]

Während der Touristensaison sind türkische Behörden meist bemüht, Anschläge herunterzuspielen.

Am 29. August gab die TAK auf ihrer Internetpräsenz bekannt:

> „Unsere Angriffe werden sich vor allem im touristischen Bereich konzentrieren. Denn beim Tourismus handelt es sich um einen der Hauptbereiche, welche den schmutzigen Krieg nähren und finanzieren. Wir warnen inländische und ausländische Touristen davor, sich in touristische Gebiete zu begeben. Wir werden die Verantwortung nicht tragen, wenn sie bei Angriffen in diesen Gebieten ihr Leben verlieren.“[1]

http://www.teyrebazenkurdistan.com/

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

http://www.redglobe.de/europa/eu-europa/8120-fir-stoppt-den-historischen-revisionismus-in-europa

12. Juni 2016

Wir dokumentieren ein Statement der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR).

71 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg, sieht die FIR mit großer Sorge ernsthafte Probleme in mehreren europäischen Ländern, vor allem in Mittel- und Osteuropa (Polen, Baltikum, Ungarn, der Ukraine und Kroatien et.al.) aufgrund der geschichtsrevisionistischen Tendenzen.

Es ist nicht hinnehmbar, dass Denkmäler der Befreier demontiert oder durch die gegenwärtigen politischen Regierungen zerstört werden wie in Polen, Kroatien und der Ukraine.
Es ist nicht hinnehmbar, dass der heroische Kampf der Partisanen und Widerstandskämpfer denunziert und dessen Bedeutung in der Öffentlichkeit abgewertet wird.

Es ist nicht hinnehmbar, wenn der Faschismus mit dem Kommunismus oder die Führer der antifaschistischen Siege mit NS-Verbrechern verglichen werden.
Es ist nicht hinnehmbar, dass Nazi-Kollaborateure und SS-Soldaten hoch geehrt werden wie in baltischen Staaten und in der Ukraine und sie als "Freiheitskämpfer" bezeichnet werden.
Es ist nicht hinnehmbar, dass die heutigen Generationen mit fehlerhaften Informationen und revisionistischen Ansichten über den Kampf des Widerstands konfrontiert werden wie in Polen und Ungarn.

Wir verurteilen alle diese Arten von historischen Revisionismus. Es ist politisch gefährlich, weil diese Geschichtsfälschung oft mit der politischen Akzeptanz der extremen Rechten und offen faschistischer Gruppen und Propaganda, wie in der Ukraine verbunden ist. Wie wir sehen können, gibt es solche Tendenzen auch in Polen oder Ungarn.

Die FIR und ihre Mitgliedsverbände treten ein für die historische Wahrheit über den Kampf des antifaschistischen Widerstands und die Bewahrung der Erinnerung an diejenigen, die gegen Faschismus und Krieg gekämpft haben. Wir erinnern uns an alle Frauen und Männer,

die ihr Leben opferten, ihre Gesundheit und ihre Freiheit riskierten, um für die Freiheit ihres Landes und die Befreiung Europas zu kämpfen.

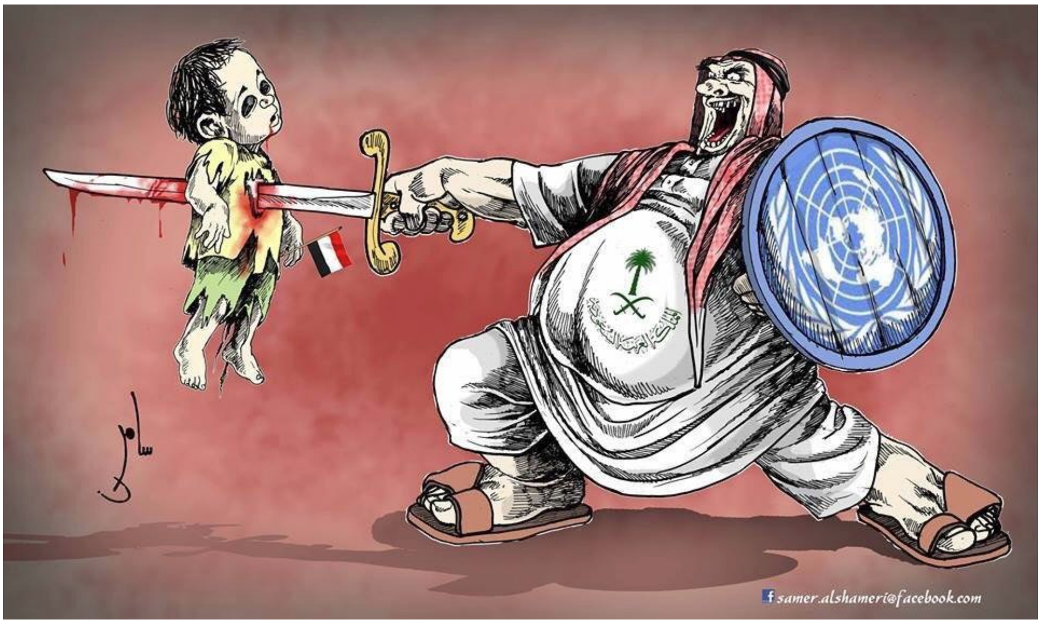
Wir sehen mit Stolz, dass in einigen Ländern die antifaschistischen Widerstandskämpfer und Veteranenverbände in der Lage sind zu diesem Thema die jüngeren Generationen zu mobilisieren, wie wir es in Italien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Russland und einigen anderen europäischen Ländern erleben. Dies sind hoffnungsvolle Signale, dass alle Versuche des historischen Revisionismus ihre politische und antifaschistische Antwort finden. Wir ermutigen Schulen und Universitäten, Historiker, Pädagogen und antifaschistische Kämpfer, weiterhin jungen Menschen die Geschichte des Kampfes gegen den Faschismus und die reale Geschichte des Zweiten Weltkrieges nahezubringen.

Wir fordern das Europäische Parlament und die politisch Verantwortlichen in allen europäischen Ländern auf, ihren eigenen öffentlichen Erklärungen zu folgen - angesichts der 70. Jahrestag der Tage der Befreiung/ Tage des Sieges – nie wieder solchen Geschichtsrevisionismus zuzulassen und die Ehre der Widerstandskämpfer und der Opfer des Nazismus zu verteidigen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=543049119219395&id=220982371426073&substory_index=0

Saudi Arabien, Jemen und die UN



Zum Hintergrund dieses Bildes:
Von "Liste der Schande gestrichen" Wie die Saudis die UN erpressen

Hunderte Kinder sterben, als die saudisch-geführte Koalition den Jemen bombardiert. Dafür landet das Königreich auf der UN-"Liste der Schande". Doch UN-Generalsekretär Ban streicht das Land wieder. Dahinter steckt ein ungeheuerlicher Vorgang.
http://www.n-tv.de/…/Wie-die-Saudis-die-UN-erpressen-articl…
UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat die von Saudi-Arabien angeführte Militärkoalition im Jemen von der Schwarzen Liste entfernt, auf der Staaten genannt werden, die Kinderrechte missachten. In New York erklärte Ban, er fühle sich von Saudi-Arabien erpresst und unter Druck gesetzt. "Es ist nicht akzeptabel für UN-Mitgliedsstaaten übertriebenen Druck auszuüben", sagt er. Das Königreich habe gedroht, seine Zahlungen an die Vereinten Nationen zu stoppen, falls es nicht von der "Liste der Schande" verschwinde.

Auf der UN-"Liste der Schande" werden jedes Jahr Staaten, Armeen und Terrorgruppen genannt, die Kinder verletzen, töten oder als Soldaten rekrutieren. Die UNO hatte Saudi-Arabien und seine Verbündeten auf die Schwarze Liste gesetzt, weil die Koalition für 60 Prozent der 785 vergangenes Jahr im Jemen getöteten Kinder verantwortlich sei. Die UN bezichtigt die Koalition, Kinder im Jemen verstümmelt sowie Schulen und Krankenhäuser angegriffen zu haben.
"Eine der schmerzlichsten Entscheidungen"

Saudi-Arabien und andere arabische und muslimische Länder hätten daraufhin gedroht, ihre Zahlungen für humanitäre Programme der UNO zu kürzen. Ban selbst erklärte: "Das war eine der schmerzlichsten und schwierigsten Entscheidungen, die ich treffen musste." Wegen der angedrohten Mittelkürzungen habe er der realen Gefahr Rechnung tragen müssen, "dass Millionen anderer Kinder schwer leiden". Saudi-Arabien ist einer der größten Geldgeber humanitärer Programme der UN. "Ich kann doch wegen der Liste nicht das ganze Haus abbrennen lassen. Ich bin Chef der Vereinten Nationen und ich muss doch an all die vielen Krisen denken, die wir lösen müssen", so Ban.

Ban kündigte an, die Militärkoalition werde von der Schwarzen Liste genommen, bis das Ergebnis einer gemeinsamen Überprüfung der Vorwürfe vorliege.
Menschenrechtsorganisationen warfen Ban daraufhin vor, er sei unter dem Druck der arabischen Länder eingeknickt und habe so dem Ansehen der UNO geschadet. Akshaya Kumar von Human Rights Watch sagte, wenn Erpressung Erfolg hat, und das sei nun geschehen, dann habe sich der Sinn und Zweck dieser Liste erübrigt: Täter zu nennen und sie damit der öffentlichen Schande auszusetzen.

Erpressung ist nicht Saudi-Arabiens Stil

Saudi-Arabiens UN-Botschafter Abdallah al-Mouallim bestritt die Vorwürfe und sagte, seine Delegation habe keinen Druck ausgeübt. Man habe den Generalsekretär sehr entschieden darauf hingewiesen, dass die Fakten nicht stimmten und Saudi-Arabien nicht auf die Liste gehöre. Erpressung, das sei nicht der Stil seines Landes.

Im Jemen kämpfen seit September 2014 die Truppen von Präsident Abd Rabbo Mansur Hadi gegen die schiitischen Huthi-Rebellen und andere Gruppen, die dem ehemaligen Präsidenten Ali Abdallah Saleh die Treue halten. Seit März 2015 fliegt die von Saudi-Arabien angeführte Militärkoalition Luftangriffe gegen die Rebellen."

Auch DWN berichtete:
http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/…/liste-der-sch…/

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Umzug "Bilderberger Umzingeln" und Polizeizugriffe

https://www.youtube.com/watch?v=sl7x1Xcb_cA&feature=youtu.be

Veröffentlicht am 13.06.2016

Während in Dresden die Bilderberger 2016 zusammen kamen, klärten mutige Aktivisten die Bevölkerung über diese Lobbygruppen auf. Dabei stießen sie mit der Polizei zusammen, zogen durch die Straßen und demonstrierten ihre Einigkeit auf der Straße wie auf den Dächern des Dresdner Zwingers.

Auf dem Video sind bekannte Aktivisten der alternativen Szene zu sehen wie Luke von "We are Change" oder Freeman von "Alles Schall und Rauch", Wojna von der Bandbreite, Sven, Donatus, Steffi und viele mehr.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Deutschland will globale Führungsrolle übernehmen

Weißbuch der Bundeswehr erklärt Russland zum Gegner

Die Kriegsministerin von der Leyen ist gerade beim Bilderbergertreffen mit dem russophoben NATO-Scharfmacher Breedlove. Das neue "Weißbuch" der Bundeswehr erklärt Russland mittlerweile wieder zum Feindbild, ungeachtet der Tatsache, dass Deutsche für 27 Millionen tote Russen verantwortlich sind.

Der MDR behauptet sogar, dass Deutschland die militärische Führungsrolle in Europa übernehmen will.

Deutschland soll zum imperialistischen, neokolonialistischen und kriegstreiberischen Staat umgebaut werden, um ganz offen Rohstoffe, neue Märkte und Kreditnehmer zu rauben.

http://unser-mitteleuropa.com/…/weisbuch-der-bundeswehr-er…/

http://www.mdr.de/…/weissbuch-globale-bundeswehr-einsaetze-…

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

http://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/weissbuch-globale-bundeswehr-einsaetze-ausland-aussenpolitik-100.html

Zuletzt aktualisiert: 27. Mai 2016, 18:41 Uhr

Die Kommentierungsdauer ist abgelaufen. Der Beitrag kann deshalb nicht mehr kommentiert werden.

30 Kommentare

28.05.2016 13:29 Hor Es Te 30

Sind "wir" schon wieder in den Dreißiger angekommen ? Verdammt nochmal keiner stoppt Verrückte,Psychopaten,Wahnsinnige ? Meine Eltern konnten mir noch mündlich von der Politik Ihrer " Politiker (Führer ?) berichten, von den ganzen "Begründungen/Argumente " die dann bis zum Krieg geführt haben. Ja auch vom Leid während des Krieges,nach dem Krieg,der Gefangenschaft,dem "Benehmen" der besatzer ob Ami,Russe,Franzose,Engländer ja sogar der Pole. Aber auch das das deutsche Volk gemeinsam mit Politikern der ersten Stunde geschworen haben:Nie wieder unter Waffen,nie wieder von deutschem Boden ein Krieg.Alles vergessen oder KEINE Eltern,Oma/Opa gehabt ihr ehrenwerte Politiker?

28.05.2016 08:59 Volkmar 29

Na, wenn wir jetzt eine Führungsrolle übernehmen wollen , dann brauchen wir aber auch einen Führer oder Führerin. Doch wer soll das sein? Woher nehmen das Gewehr? Wenn das nicht Aussagen oder Forderungen von Obama , schon in Elmau gestellt, wären dann wäre ich geneigt zu glauben ,dass [...] Druck von ihrer Chefin nehmen will. Aber leider ist das der bittere Ernst, der sich nicht nur im Kriegsministerium zeigt sondern auch im Handeln der Regierung in der EU. Deswegen waren sicherlich auch die beiden EU- Größen zur wohl letzten Befehlsausgabe von Obama bei den G7 dabei. [Löschung eines Wortes aus rechtl. Gründen - MDR.DE_Red.]

28.05.2016 08:54 REXt 28

Kein Geld, kein Personal, keine entsprechende Ausrüstung, aber mit dem Säbel Rasseln ! Junge Menschen werden als "Kanonenfutter" wegen Machtinteressen der USA verheizt. Der Gesellschaft erklären wollen, das Waffen nichts fürs Volk sind, Junge Bürger müssen bis 25J warten bis sie als Sportschützen sich eine Großkaliber Waffe kaufen können, aber mit 18J in den "Krieg" ziehen um Menschen gezielt zu "Töten", wie beim KSK !

28.05.2016 08:48 Nachdenkliche 27

@ 17 Karl: Sie haben völlig recht. Ein Teil der Deutschen wird wie Sie und ich sagen: Nicht mit mir! Es wird aber nichts nutzen, treffen wird es alle. Das Schlimme ist, dass mit dem Wegsterben der Generationen die den Krieg direkt erlebt haben und denen die kurz nach Kriegsende geboren wurden, auch das kollektive Gedächtnis an diese Zeit stirbt. Diese Menschen haben das zerstörte Land gesehen wie sie auch tagtäglich das körperliche Elend der Kriegsversehrten gesehen haben. Deutschland ist aufgebaut, und die deutschen Soldaten die heute für fremde Interessen ihr Leben lassen, sind leider ganz schnell vergessen. Das ist ja weit weg. Das ist mit ein Grund, warum die Scharfmacher jetzt Gas geben.

28.05.2016 08:17 Bert Sokolovski 26

Ich schließe mich meinem Vorredner an: Wie wird in der Volkskammer äääämmh tschuldigung Bundestag,abgestimmt oder nur abgenickt,aus der Geschichte nichts gelernt?Ich sage Nein Danke.

28.05.2016 07:36 Frank 25

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinten Deutschland sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen [6] werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen. Artikel 2 des Zwei-Plus-Vier-Vertrages von 1990

28.05.2016 07:34 Tom 24

Ich bin 56, schwer herzkrank und habe von den Werbekolonnen der [...] neulich im Einkaufszentrum ein Angebot erhalten zur Bundeswehr zu kommen. Als Ex Ofw der NVA würde ich gleich (Studium vorausgesetzt) einen Offiziersrang im Stab bekommen. Alter und Krankheit waren kein Problem. Wie nötig muss Uschi es haben wenn schon wieder der Volkssturm aktiviert wird. Unsere Politiker der CDU,CSU und SPD sind einfach borniert, maßlose Selbstüberschätzung bei völliger Ahnungslosigkeit. Das doofe ist nur die Leute wählen solche Politiker und regen sich dann auf. [Löschung eines Wortes aus rechtl. Gründen - MDR.DE_Red.]

28.05.2016 06:59 winfried 23

Ich erinnere mich an die damalige Bundeswehr-Musterungskommission. Dort erklärte ich --> Ich komme aus der DDR. Dort sagte man mir: Winfried, pass auf, der böse Feind kommt aus dem Westen. ... Heute sagen Sie mir, passen Sie auf Hr. ... , der böse Feind kommt aus dem Osten. --> Heute höre ich: Es gilt nicht mehr nur "unsere" Freiheit am Hindukusch zu verteidigen, sondern weltweit. ... (Merkel)Leute, geht es nicht eine Nummer kleiner ?, oder seid IHR etwa [...]? {Beleidigung entfernt - MDR.DE_Red.]

28.05.2016 04:33 Hallenser 22

Das wichtigste am ganzen steht im kleingeschriebenen...Es soll und muss das Grundgesetz geändert werden. Die Bundeswehr ist eine eigene Instanz. Sie ist niemanden unterworfen. Eigentlich. Theoretisch dürfte sie noch nicht einmal fluthelfer spielen.dafür wird das Grundgesetz etwas schwammig ausgelegt. Bundeswehr...liegt im Namen! Sie ist ausschließlich dem deutschem Volke verpflichtet! Heißt es zu schützen! Also zu wehren. Und lustig wie die ursel hier von zu erwartendem Geld spricht und auf Stimmenfang geht! Und wenn es keiner merkt spielt auch Deutschland bald wieder Kriegstreiber und Invasor. Natürlich dem guten Zwecke. Und natürlich um das deutsche Volk zu schützen!

27.05.2016 23:40 der Uwe 21

Wie heisst es doch in dem Lied " sei wachsam"?: - .....und um 5.45 Uhr schiessen wir wieder "zurück"....

27.05.2016 22:16 H.E. 19

Von deutschem Boden soll kein Krieg mehr ausgehen. Und jetzt diese Aufrüstungen und die ständigen Einmischungen in Afghanistan, Syrien, Mali etc., es reicht jetzt. Es gibt sinnvollere Dinge eines Staates, Steuergelder auszugeben. Am unsinnigsten ist es für das Militär und deren Aufrüstungen wie von der Leyen gebetsmühlenartig laufend wiederholt.

27.05.2016 21:50 Theo 18

Geht doch von deutschen Boden ein neuer Weltkrieg los. Langsam muss man es befürchten.

27.05.2016 21:35 Karl L. 17

1990 hatte ich die Hoffnung, dass sich die Beziehungen West-Ost doch noch zum Guten wenden. Bald wurde das Gegenteil deutlich. Nun ist die Katze endgültig aus dem Sack. Vereint gegen Russland, ja seid ihr denn noch ganz bei Trost ? Dabei mache ich nicht mit.

27.05.2016 21:13 Henriette 16

wenn man kein Geld hat, kann man sich auch Hohe Ziele setzen.

27.05.2016 20:42 Phrasenhasser 15

Was denn, Deutschland will trotz seines einstigen Versprechens jetzt seine Armee doch für erweiterte Aufgaben mobil machen? Diese Spartruppe könnte doch im jetzigen Zustand nicht mal aus Spaß die Vatikangarde überrennen... Man könnte sich vor Lachen kringeln, wenn diese Neuigkeit nicht so deprimierend wäre.

27.05.2016 20:35 politi 14

Die Frau ist nicht mehr" Herr" ihrer Sinne. Mir wird Angst und es bleibt nur der sofortige Rücktritt!!

27.05.2016 20:10 jochen 13

Jetzt erst recht - Die Merkel muss weg.

27.05.2016 19:58 Wo geht es hin? 12

Nach dem lesen der Kommentare 1-9 kann ich nur schreiben: dem ist nichts mehr hinzuzufügen!

27.05.2016 19:58 Real 11

Einerseits sagt man gern "wehret den Anfängen", anderseits will man eine Führungsrolle übernehmen. Wie verlogen ist das denn?

27.05.2016 19:55 Holger 10

Diese Führungsrolle Deutschlands hat schon einmal Elend, Leid, Zerstörung und millionenfache Tote über Europa gebracht!!! Anscheinend vergisst man das, wenn es dabei auch noch um lukrative Waffengeschäfte geht. Ist der Gehorsam gegenüber den Amerikanern von Merkel, von der Leyen und anderen deutschen Politikern so unantasbar. Dreht man die Fahne nur in Richtung Amerika und hat keine eigene Meinung? Früher haaten wir in der DDR die Freundschaft und Gehorsamkeit gegenüber der UdSSR. Heute hat sich nur der sogenannte Freund geändert - der Gehorsam und die Unterwürfigkeit ist mindestens genau so!!!

27.05.2016 19:33 Die Folgen des letzten Krieges noch nicht beseitigt, aber schon wieder mitspielen wollen. 9

"Die neuen Kriegstreiber werden nicht sagen wir sind die neuen Kriegstreiber, sie werden sagen wir sind die neuen Friedensengel" - frei nach dem italienischen Arbeiterführer Ignazio Silone. Und wenn die Hillary dran kommt und nicht der Trump, dann werden die Europäer ihr blaues Wunder noch erleben.

27.05.2016 19:31 Johannes Scharf 8

Die Lehre aus zwei Weltkriegen hieß „Nie wieder Krieg!“. Leider haben die welche heute politische Verantwortung tragen und ihre Hintermänner nichts aus der Geschichte gelernt. Die Kriegstreiber allen voran CDU/CSU, SPD und Grüne rüsten zum nächsten Krieg im Interesse

des internationalen Finanzkapitals und werden Deutschland in die Katastrophe führen. Auch um dies zu verhindern, gehen wir hier in Dresden jeden Montag auf die Straße.

27.05.2016 19:25 Purzel 7

Deutschland und seine "Führungsrolle".....woher nimmt Deutschland eigentlich das Recht sowas zu fordern?

27.05.2016 19:20 Nachdenkliche 6

Der unreflektierte Größenwahn hat einen Namen: Generalissima von der Leyen, die Muddi der schwarz-rot-goldenen Kasperletruppe.

27.05.2016 19:19 Tronje 5

Ich trau mir nicht das zu sagen,was ich denke. Aber diese Führungsrolle ist schon mal schief gegangen..Und es ist keine 100jahre her..

27.05.2016 19:17 Jürgen 4

"Deutschland will globale Führungsrolle übernehmen" - Millionen deutscher Soldaten im Ausland in den Jahren 1914-18 und 1939-45 reichen! Deshalb keine Hilfs-GI´s.

27.05.2016 18:53 De Mai(z)senkaiser 3

Die abgespeckte Truppe lässt sich doch auf ein paar Fußballstadien verteilen. Man sah die Berichte aus Mali, mit 20 Soldaten, welche den dortigen Fachkräften Häuserkampf beibringen wollten. Wegen Munitionsmangel machte man die Geräusche mit dem Mund , Peng, Peng, einfach nur lächerlich, nur um sagen zu können man beteiligt sich. Ach ja und bitte bei den Oldtimertornados , die in Syrien flüssiger als Wasser, nämlich überflüssig waren, die Glühbirnen im Cockpit bitte vorher gleich herausdrehen, nicht das die Fachkräfte noch fotos der piloten schicken !!!!

27.05.2016 18:40 Anne Tanz 2

Dem sollte doch ein Friedensvertrag vorausgehen, damit das Vasallentum ein Ende findet. Amerikaner, Franzosen u. Briten schießen, wir sind dafür da Fachkräfte aus aller Herren Länder aufzunehmen , zu finanzieren und unter Flintenuschis Führung Brunnen zu bohren. zu unserer vertzeidigung, dürfen wir dann gewehre benutzen die um die Ecke schießen.

27.05.2016 18:32 Ralf Richter 1

"Deutschland will globale Führungsrolle übernehmen" Wenn's nicht so traurig wäre, würde ich mich kaputt lachen. Ne Leute, dazu fällt mir wirklich nichts mehr ein. Das ist jetzt wirklich der Gipfel der Geistlosigkeit. Schluß und aus.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Fußball EM 2016: Nazihools aus Deutschland posieren in Lille/Frankreich

http://www.arbeit-zukunft.de/index.php?itemid=2636

EM-Krawalle: Die rechtsradikale Saat geht auf!

Montag, 13. Juni 2016

Hogesa? War da nicht einmal etwas? Mit Verweis auf die „Demokratie“ ließen Stadtverwaltung Köln, Polizei und Gerichte die „Hooligans gegen Salafismus“ (Hogesa) 2014 durch Köln marschieren und zahllose Menschen zusammenschlagen und/oder bedrohen. Das war nackter Terror auf der Straße. 2015 durften sie wieder mit richterlicher Hilfe in Köln demonstrieren, zuvor in Hannover und anderen Städten.

Es war bekannt, dass es in Deutschland tausende gewaltbereite, rechtsradikale Hooligans gibt. Nun sind alle überrascht, dass deutsche Hooligans, geschmückt mit der Reichskriegsflagge in Lille Jagd auf ukrainische Fans gemacht haben. Das ist Heuchelei! Denn man hätte schon längst etwas gegen diesen rechtsradikalen Terror unternehmen können. Doch er wird verharmlost!

Solche rechten Terrortruppen sind ein Europaweites Phänomen. Ob aus England, Ukraine, Polen, Deutschland usw. - überall her kommen sie, um ihrem Hass und blöden Nationalismus freien Lauf zu lassen. In allen Ländern werden sie zumindest geduldet, wenn nicht sogar vom Staat gefördert und aufgepäppelt. *„Zu den Gründern im Herbst 2013 zählte auch der V-Mann Roland Sokol, wobei er die Masse der Hooligans als 'strohdoof' einschätzte.“* (https://de.wikipedia.org/wiki/Hooligans_gegen_Salafisten) Wie bei der NSU hatte also auch hier der Verfassungsschutz die Finger im Spiel.

Nun wird in den bürgerlichen Medien laut über die Überraschung, die angeblich unvorbereitete Polizei usw. geschimpft, statt sich mit dem Kern des Übels zu beschäftigen: Denn das Kapital fördert massiv rechte, nationalistische Tendenzen, um die Unzufriedenheit

der Arbeiter/innen und des Volkes mit diesem System von diesem abzulenken. Wer will, dass mit solchen blutigen Krawallen und dem Terror dieser Hooligans Schluss ist, der muss sich für ein Verbot aller faschistischen Organisationen und Propaganda einsetzen und letztendlich für die Abschaffung des Kapitalismus.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Bruder Jakob, Bruder Jakob,
Schläfst du noch? Schläfst du noch?
|: Hörst du nicht die Glocken? :|
Ding dang dong, ding dang dong.

mrg herbert